

# Kein Strategiewechsel ohne Truppen-Reorganisation!

## Zum Verhältnis von Handeln und Denken nicht nur in Griechenland

von Detlef Georgia Schulze

Am Donnerstag stellten Janine Wissler und Nicole Gohlke in ihrem wichtigen Debattenbeitrag ihre „Grexit-Frage(n)“. Wichtig ist ihr Debattenbeitrag, weil sie *weder* in Rechtfertigung der aktuellen Politik der griechischen Regierung, der Mehrheit der SYRIZA-Fraktion im griechischen Parlament und der *Minderheit* des SYRIZA-Zentralkomitees *noch* in Verrats-Geschrei verfallen.

Vor den entscheidenden Fragen schrecken aber auch diese beiden Autorinnen zurück: 1. Welche *tragfähigen* Alternativen gibt es zu den gemachten und von den Autorinnen treffend analysierten Fehlern? Und 2.: Lassen sich die alternativen Wege, die vielleicht vor einem halben Jahr oder eher noch vor Beginn des vorhergehenden Wahlkampfes in Griechenland hätten begonnen werden können, *jetzt* im Moment, wo das Kind erst einmal in den Brunnen gefallen ist, gehen? Oder bedarf es 3. vielmehr erst einmal einer Reorganisation der SYRIZA-Truppen, um einen alternativen Weg mit einigermaßen Erfolgsaussichten gehen zu können?

Wir wissen mittlerweile, mit welcher Naivität der Tsipras-Flügel von SYRIZA, aber auch Varoufakis in die Verhandlungen mit der Troika hineingegangen ist. Stathis Kouvelakis berichtet in seinem langen *Der Kampf geht weiter*-Artikel im linken us-amerikanischen *Jacobinmag* über ein Interview das der Varoufakis-Nachfolger, Euclid Tsakalotos, der französischen Website Mediapart im dem April gab: „Als er nach seinem bisher größten Aha-Moment seit der Regierungsübernahme gefragt wurde, antwortete er damit, dass er sich als Akademiker, dessen Job es sei, Volkswirtschaft an der Universität zu lehren, natürlich gewissenhaft auf die Verhandlungen in Brüssel vorbereitet hätte. Er hätte ein ganzes Arsenal an Argumenten vorbereitet und erwartete ebenso fundierte Gegenargumente. Was er aber stattdessen erlebt habe, war, Leuten gegenüberzustehen, die ohne Unterlass Regeln, Abläufe und so weiter herunterleierten. Tsakalotos sagte, er sei enttäuscht gewesen vom niedrigen Niveau der Diskussion.“

Und Varoufakis sagte in seinem *New Statesman*-Interview, das das ND in deutscher Übersetzung veröffentlicht hat: „es ist eher so, dass es eine vollständige Verweigerung gab, sich auf ökonomische Argumentationen einzulassen. Unverblümt. Sie stellen ein Argument vor, an dem Sie wirklich analytisch gearbeitet haben – um sicher zu gehen, dass es logisch kohärent ist – und dann schauen Sie lediglich in leere Gesichter. Sie hätten genau so gut die schwedische Nationalhymne singen können – Sie hätten dieselbe Antwort bekommen. Und für jemanden, der akademische Debatten gewöhnt ist, ist das ist erschreckend.“

Abgesehen davon, daß auch bei akademischen Konferenzen nicht immer nur der von Jürgen Habermas postulierte „zwangslose Zwang des besseren Arguments“ herrscht, sondern Michel Foucault mit seiner Analyse der Verknüpfung von Diskurs und Macht auch in akademischen Kontexten jedenfalls Realismus nicht abgesprochen werden kann, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, daß Leute, die schon einige Zeit politisch aktiv oder zumindest in öffentlichen politischen Debatten einbezogen sind, meinen, sie könnten nun ausgerechnet bei IWF, EZB und EU-Kommission mit dem besseren oder vermeintlich besseren Argument punkten. Politik ist doch nicht in erster Linie ein Streit über Wahrheit (auch wenn manchmal strittig ist, ob diese oder jene Maßnahme einem bestimmten Interesse besser dient), sondern in erster Linie ein Streit über unterschiedliche *Interessen* – im vorliegenden Fall ein Streit darüber, wer die Lasten der kapitalistischen Krise seit 2007 tragen soll und ob sie im Sinne des Kapitals oder im Sinne der Lohnabhängigen gelöst werden kann/soll. In diesem Streit mögen auch heutzutage Kompromisse denkbar sein, aber sie kommen sicherlich nicht durch die Kraft des ‚besseren Arguments‘ zustande.

Aber leider ist die SYRIZA-Linke nicht (viel) realistischer als der Regierungsflügel; vielleicht ist sie sogar noch *unrealistischer*: Während der Regierungsflügel der machtpolitischen Realität *sich unterwerfend* Rechnung trägt, *ignoriert* der linke Flügel sie einfach und schreibt und publiziert irgendwelche Wunschzettel:

„1. radikale Reorganisation des Bankenwesens, seine Nationalisierung unter gesellschaftlicher Kontrolle sowie eine Neuausrichtung auf Wachstumsziele;  
2. völlige Zurückweisung von Einsparungshaushalten [...], um gesellschaftliche Bedürfnisse zu stillen, den Sozialstaat wiederaufzubauen und zu versuchen, die Wirtschaft aus dem unsäglichen Kreislauf der Rezession herauszuholen“.

Und im Anschluß daran wird mit dem Gestus der Gewißheit postuliert: „Es gibt absolut machbare Alternativen (engl. Fassung: *absolutely manageable choices*), die in die Richtung eines neuen ökonomischen Modells weisen, das sich an Produktion, Wachstum und einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Menschen und der Armen orientiert.“

Hier wird zwar von „Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse“ (engl.: *change in the social balance of forces*) gesprochen, aber wie diese Veränderung erfolgen soll; daß es dafür eines *Kampfes* bedarf und *wer* ihn *wie* gegen wen führen müßte – das alles kommt in dem Text nicht vor! Alles scheint darauf reduziert zu sein, eine „machbare Alternative“ zu wählen; alles scheint ein bloßes Management-Problem, das AkademikerInnen lösen könnten, wenn auf ihre Modelle gehört würde, zu sein.

Da gibt es also einen linken SYRIZA-Flügel, der links von einem Finanzminister steht, der seinerseits beansprucht, ein „strammer Marxisten“ (Kouvelakis über Tsakalotos) zu sein – und das, was nach Marx und Engels die Geschichte ausmacht, nämlich eine Geschichte von *Klassenkämpfen* zu sein, kommt in dem ganzen Text nicht vor. – Und damit, das Wort „Klassenkämpfe“ in den Mund zu nehmen oder aus der Feder zu lassen, ist noch nicht einmal etwas dazu ausgesagt, ob sie auf revolutionäre oder reformistische Weise geführt werden...

Der Artikel von Janine Wissler und Nicole Gohlke ist auch deshalb wichtig, weil sie auf gewisse Distanz zu dem Wunschzettel der SYRIZA-Linken bleiben: „Ein selbstbestimmter Grexit von links ist sicherlich keine einfache Lösung. Gerade die ökonomischen Folgen sind unter linken Ökonomen und WissenschaftlerInnen sehr umstritten und erscheinen derzeit kaum absehbar. Zumindest kurzfristig könnte der Grexit mit schweren sozialen Verwerfungen, ökonomischen Abstürzen und weiterer Verelendung verbunden sein.“ „Wie könnte unser Plan B aber überhaupt gedacht werden? Uns scheint dies ein sehr schwieriges Unterfangen zu sein, das bislang mehr Fragen als Antworten aufwirft. Trotz vieler leistungswürdiger Beiträge, gerade aus der griechischen Linken, liegt noch kein detailliertes Szenario vor. Seine Attraktivität bezieht der linke Grexit aber vor allem aus der Alternative zu ihm: Ein Verbleib in der Eurozone bedeutet für Griechenland die Garantie auf weitere Kürzungen und Verelendung, die faktische Aufgabe demokratischer und parlamentarischer Kompetenzen und stellt SYRIZA vor eine Zerreißprobe.“

Ich stimme dieser Distanz zu, aber ich stimme auch der trotzdem durchscheinend Sympathie zu: Wenn es einen halbwegs detaillierten ‚Plan B‘ gäbe, wäre es einen Versuch wert, ihn durchzusetzen.

Und genau an dieser Stelle fängt auch die große Leerstelle des Artikels von Janine Wissler und Nicole Gohlke an; sie schreiben zwar: „Letztlich hat es ... die Linke in Europa versäumt, ernsthafte Überlegungen für einen Plan B zu entwickeln.“ Ja, aber was heißt das denn? – jetzt, *nachdem* die SYRIZA-Regierung ein halbes Jahr im Amt ist; *nachdem* Tsipras die Brüsseler Vereinbarung unterschrieben hat; *nachdem* das griechische Parlament die ersten beiden geforderten Gesetzespakete verabschiedet hat – und *nachdem* dieser Plan B (der im übrigen vielleicht schon immer hätte der „Plan A“ sein sollen) *nicht* existiert?

Können sich jetzt einfach ein paar „linken Ökonomen“ zusammensetzen und diesen „Plan“ schreiben, dann Tsipras durch den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ überzeugen, *That there is an alternative* – und dann ändert die griechische Regierung innerhalb von wenigen Wochen ein zweites Mal ihren Kurs um 180 ° und die Lohnabhängigen in Griechenland werden begeistert sein?

Es gibt doch mindestens einen Punkt, an dem Varoufakis hundertprozentig Recht hat: „es ist die eine Sache, das [einen Plan für einen Grexit auszuarbeiten] mit vier oder fünf Leuten zu machen, es ist etwas ganz anderes, ein Land darauf vorzubereiten.“

Aber kommen wir zurück zu den Lohnabhängigen in Griechenland. Janine Wissler und Nicole Gohlke schreiben, zwar sei „richtig, dass bei Umfragen nach einem Verbleib im Euro losgelöst von den damit real verbundenen Kürzungsprogrammen die Mehrheit der GriechInnen ‚Ja‘ zum Euro sagt. Was aber, wenn man bei der Frage genau diesen zentralen Zusammenhang herstellt?“

Ja! Was ist dann? Gibt es irgendwelche Anzeichen, daß dann die Antwort „Nein“ wäre? Die Demonstrationen an diesem und am vergangenen Mittwoch vor dem Parlament waren

sehr viel kleiner als frühere Demonstrationen aus ähnlichen Anlässen; auch die Beteiligung nach dem Streik im Öffentlichen Dienst war nach Einschätzung von Stathis Kouvelakis, einem Vertreter des linken SYRIZA-Flügels, eher mäßig. Gibt es Betriebsbesetzungen? Werden, wie vor einiger Zeit, Behörden besetzt? Wird auch nur ein Camp auf dem Syntagma-Platz errichtet? Nein, alles: nein!

Diejenigen, die noch etwas links vom linken SYRIZA-Flügel stehen und eher außerparlamentarisch orientiert sind, könnten noch die These vorbringen, erst der SYRIZA-Wahlerfolg, habe die Hoffnungen auf's Parlament kanalisiert. Aber auch das ist ja *nicht* zutreffend; vielmehr war die gesellschaftliche Mobilisierung schon lange vorher abgeflaut. Viel eher ist also zutreffend, was Thomas Sablowski in der *Jungen Welt* schrieb: „Die Hoffnung auf die Wahlen und einen Sieg der oppositionellen Kräfte war sozusagen der letzte Strohalm, an den sich die Massen klammern konnten.“

Janine Wissler und Nicole Gohlke schreiben trotzdem: „Auch wenn Alexis Tsipras betont hat, das Referendum sei nicht unmittelbar eine Abstimmung um die Frage der Währung gewesen: Für die meisten GriechInnen war es eine klare Wahl zwischen dem Verbleib im Euro bei fortgesetzter Austerität einerseits, und einer unmissverständlichen Ablehnung des Angebotes der ‚Institutionen‘ – die Gefahr eines Grexits in Kauf nehmend – andererseits“.

„Für die meisten GriechInnen war es eine klare Wahl zwischen...“ – woher wissen die beiden Autorinnen das? Sowohl Tsipras als auch Varoufakis hatten vor der Abstimmung erklärt, daß es binnen 48 Stunden nach der Abstimmung eine Einigung mit den ‚drei Institutionen‘ geben werde. Es dauerte dann zwar etwas länger, aber nichts deutet darauf hin, daß *kampfbereite* Teile der griechischen Gesellschaft bedauern, daß es am Ende eine ‚Unterwerfungs-Einigung‘ gab. – Auf den Straßen und in den Betrieben in Griechenland deutet wenig darauf hin, daß Umfrageergebnisse, die aussagen, daß Tsipras' Beliebtheit in letzterer Zeit noch gestiegen sei, unzutreffend sind.

Aber kommen wir zurück, zu dem, was getan werden könnte: Janine Wissler und Nicole Gohlke schreiben in ihrem Debattenbeitrag: „Immerhin könnte aber auch – und wir meinen, diese Optionen sind es zumindest wert, einmal ernsthaft gedacht zu werden – ein neuer politischer Handlungsspielraum entstehen: mit einer selbst gesteuerten Kreditvergabe, eigenen Maßnahmen gegen Kapitalflucht und zur Besteuerung der Reichen ohne Mitsprache durch die Troika.“

Nachgedacht werden sollte darüber in der Tat! Aber ungefähr vor 30 Jahren endete ein diesbezüglicher Versuch, es nicht nur beim Denken zu belassen: 1981 gelangte in Frankreich eine sozialistisch-„kommunistische“ Regierung ins Amt. Diese Regierung verstaatlichte nicht nur Banken, sondern auch Produktionsunternehmen; der Siegeszug des Neoliberalismus stand mit den vorhergehenden Wahlerfolgen von Thatcher und Reagan (der allerdings eher eine militärkeynesianistische als Austeritätspolitik betrieb) gerade erst am Anfang; das „Lambsdorff-Papier“, das das Ende der sozialliberalen Koalition in der

BRD einläutete, war noch nicht geschrieben und es war auch später dann, als es geschrieben und diese Koalition zerbrochen war, viel weniger der ‚Masterplan‘ des deutschen Neoliberalismus, als 1 ½ Jahrzehnte später die Agenda 2010. Es gab noch kampffähige Gewerkschaften, die in Frankreich auch kampfwilliger als in der BRD waren. Und es gab das ‚real‘sozialistische Lager noch. Die „Europäische Union“ hieß noch „Gemeinschaft“ – es gab also noch keinen Maastricht-Vertrag und auch die folgenden Verträge noch nicht –, und der Ausdruck „Globalisierung“ war noch nicht erfunden – und trotzdem scheiterte dieser Versuch eben gerade an der Kapitalflucht.

Und gerade die Kapitalflucht verweist auf ein grundlegendes Problem der Strategie des „friedlichen Übergangs“ bzw. des „französischen Wegs zum Sozialismus“, wie es im damaligen Jargon hieß: Umso mehr Hoffnungen eine Wahlkampagne und die allgemeine gesellschaftliche Situation dem Kapital macht, daß die Suppe am Ende doch nicht so heiß gegessen wird, wie sie zuvor propagiert wurde, desto *später* wird die Kapitalflucht einsetzen. Umso früher einschneidende Maßnahmen gegen Kapitalflucht angekündigt werden, desto früher wird die Kapitalflucht und der ökonomische Druck auf die WählerInnen einsetzen – und desto geringer die Wahrscheinlichkeit eines Wahlerfolges sein. Die Maßnahmen gegen Kapitalflucht *nicht* anzukündigen, überhaupt eine relativ softe Wahlkampagne zu betreiben und dann aber ‚*über Nacht*‘ die Maßnahmen gegen den Kapitalflucht zu ergreifen, dementiert aber den ganzen Anspruch auf einen ‚demokratischen‘ (= friedlichen) Weg zum Sozialismus. Das heißt also: Keine *self-fulfilling*, sondern eine selbst widerlegende Strategie.

Aber selbst einmal diesen Grundsatz-Einwand beiseite gelassen und zugestanden, daß es auch heute prinzipiell einen quasi-sozialpartnerInnenchaftlichen Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital geben kann (und in der Tat steht ja im Wahlprogramm von SYRIZA nichts von „[friedlichem – oder auch nicht] Übergang“, Sozialismus und Antikapitalismus:

Ein Problem bleibt aber: Auch die vermeintliche „Sozialpartnerschaft“ ist kein *Geschenk* des Kapitals an die Lohnabhängigen; selbst sie muß *er kämpft* werden. Damit kommen wir auf die Ausgangsfrage zurück: Kann die Strategie mitten im Kampf gewechselt werden, ohne die Truppe darauf vorzubereiten?

Meine Antwort darauf lautet: Nein! – Die ganze Politik von SYRIZA der letzten Jahre war auf eine einvernehmliche Lösung innerhalb der Eurozone – d.h.: letztlich einen Kompromiß mit dem Neoliberalismus – ausgerichtet; von dieser Linie nun auf einmal auf den Versuch einer konfrontativen Durchsetzung eines linkskeynesianistischen Kurs *außerhalb* des Euroraumes umzuschalten, kann *nicht* mitten in der Schlacht passieren.

Costas Lapavistas vom linken SYRIZA-Flügel sagte vor einer Woche, am 17.07. – wohl bei der „Democracy Rising World Conference 2015“ – die Brüsseler Vereinbarung sei kein neuer Brester Frieden, sondern noch nachteiliger – und ich würde ihm zustimmen. Der Brester Frieden ließ den Bolschewiki ihr Hinterland, in dem sie – je nach dem inneren

Kräfteverhältnis – ihre Politik fortsetzen konnten. Die Brüsseler ‚Unterwerfungs-Vereinbarung‘ vom 13.7. macht die SYRIZA-Regierung dagegen *im Inneren* zu einem Ausführungs-Agenten des neoliberalen EU-Mainstreams.

Aber – und dies ist nun der entscheidende Punkt meiner Argumentation – genauso wenig, wie die Bolschewiki 1918 – statt des Brester Friedens – einfach eine Offensivstrategie hätten verfolgen können, kann SYRIZA (und DAS übersehen die ganzen verbal-radikalen „Verrats“-Schreier!) einfach von einer Verhandlungs- zu einer Konfrontationsstrategie übergehen.

Was SYRIZA heute braucht (*wenn* sie denn als Einheit erhalten werden soll oder will) ist der *Rückzug* – und damit den *Spielraum*, die eigenen Truppen zu reorganisieren –, den der Brester Frieden für die Bolschewiki bedeutete. Das heißt, die Leistung, die Tspiras, der beansprucht (und m.E. zu Recht beansprucht!), für die Sache von SYRIZA hart gekämpft zu haben, jetzt erbringen sollte, wäre, zurückzutreten und SYRIZA die Gelegenheit zu geben, nicht (als Regierungspartei: zwangsläufig) *handeln* zu müssen, sondern *denken* zu können: die entstandene Lage zu analysieren; eine neue Strategie zu entwerfen; sie in der griechischen Gesellschaft zu kommunizieren – und einen neuen Anlauf zu unternehmen und dabei die Lehre des großen Meisters der antiken griechischen Kriegskunst zu beachten und vor dem nächsten Anlauf länger und intensiver zu denken, und sich nicht wieder als 35 %-Partei in einer Flaute der sozialen Bewegungen (gestützt auf eine undemokratische 50 Sitze-Bonus-Regelung für die stärkste Partei und einen rechtspopulistischen Bündnispartner), in ein Regierungs-Abenteuer zu stürzen:

Wir denken unsere Handlungen richtig durch, so ließ Thukydides in seinem *Der Peloponnesische Krieg* den Athener Politiker Perikles sagen, „denn nicht schaden nach unserer Meinung Worte den Taten, sondern vielmehr, sich nicht durch das Wort vorher belehren zu lassen, ehe man an die nötige Tat herangeht“ (Buch II, Vers 40). – Das Problem an SYRIZA ist *nicht*, daß sie bisher nicht radikal genug *gehandelt* hat, sondern daß sie schon für ihre bisherigen – in der Tat nicht sonderlich radikalen – Handlungen, zuvor nicht radikal genug *gedacht* hat; nicht bedacht hat, daß ihr (noch) die nötigen konzeptionellen und Machtressourcen fehlen, um ihre Wunschzettel erfüllt zu bekommen bzw. vielmehr, sie sich selber erfüllen zu können.

Karl Marx schrieb zwar in den Feuerbach-These, es komme nicht darauf an, die Welt zu *interpretieren*, sondern sie zu *ändern* – aber, ohne sie vorher *erkannt* zu haben, wird es auch nicht möglich sein, sie zu *ändern*!

*Detlef Georgia Schulze, Jahrgang 1967, ist promovierteR PolitikwissenschaftlerIn und bloggt unter dem Namen TaP (Theorie als als Praxis) zu politischen und theoretischen Themen.*